

Band 45

Den Reformen Perspektive geben

INHALTSVERZEICHNIS

VORTRÄGE UND BILANZ

ECKART JOHN VON FREYEND

Eröffnung 7

PAUL NOLTE

Selbstverantwortung und Gemeinsinn:

Grundlagen einer bürgerlichen Gesellschaft 11

EDWARD KRUBASIK UND WOLFGANG WIEGARD

Standortpflege der Politik und Standortpolitik

der Unternehmen 25

DOMINIK GEPPERT

Englische Medizin gegen deutsche Reformschwäche? 59

ANKE HASSEL

Der institutionalisierte Konsens: Reformbremse oder Leitplanke? . 73

NORBERT BERTHOLD

Wege aus der Verflechtungsfalle: Wettbewerb oder Kooperation?. 87

MICHAEL STÜRMER

Noch ist Deutschland nicht verloren. 105



BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER

Die Ordnung der Freiheit 117

MARTINA FIETZ

Bilanz des Kolloquiums 127

ANHANG

Referenten.	139
Teilnehmer.	148
Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung.	158
Gremien der Walter-Raymond-Stiftung.	175

MARTINA FIETZ

Bilanz des Kolloquiums

Wir leben in einer Phase des Umbruchs. Die einst prosperierenden Industrienationen der ersten Welt werden alt. Sie stehen jungen, aufstrebenden Volkswirtschaften der Dritten Welt mit einem enormen Potenzial an dynamischer Arbeitskraft gegenüber. Gesellschaften mit teuren Sozialsystemen – wie die deutsche – befinden sich in einem Konkurrenzverhältnis zu Arbeitskräften, die für einen Bruchteil des Lohnes aktiv sind. Und die Weltwirtschaft sortiert sich neu, was zu großen Wanderungsbewegungen der Produktionsstätten führt.

Deutschland hat zu spät begonnen, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Jahrzehntlang glaubte man an den Fortbestand des Wirtschaftswunders, baute dann auf die Illusion der „New Economy“ und wachte erst zu einem Zeitpunkt auf, zu dem viele unserer Nachbarn lange fällige Reformen in der Sozialstruktur und auf den Arbeitsmärkten bereits abgeschlossen hatten. Nun ist die Stimmung auf dem Nullpunkt. „Tut etwas“, forderte die „Bild“-Zeitung, als die Zahl der Arbeitslosen zum Jahresbeginn die Fünf-Millionen-Marke übersprang. Nur: Wer soll etwas tun – und was? Die Forderung des Boulevards suggeriert die Existenz einfacher Lösungen. So als sei nur ein wenig guter Wille erforderlich, als brauche das Land nur etwas mehr patriotisches Bewusstsein der Unternehmer, und nach einem gemeinsamen Kraftakt und dem Drehen an einigen Stellschrauben springe der Konjunkturmotor an, stiegen Wachstum und Beschäftigung. So simpel funktioniert Ökonomie nicht – die nationale nicht, die globale schon gar nicht. Das war den Teilnehmern des 43. Kolloquiums der Walter-Raymond-Stiftung natürlich bewusst, weshalb sie sich nicht mit plakativen Lösungsvorschlägen aufhielten. Gleichwohl blieb im Blick, dass notwendige Strukturveränderungen auch vermittelt werden müssen, die Politik es somit ungleich schwerer hat als der wissenschaftliche Sachverstand.

Das diesjährige Kolloquium fand zu Beginn einer Woche statt, in der sich die Republik intensiv mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigte: Bundespräsident Horst Köhler mahnte im Berliner „Haus der Deutschen Wirtschaft“ die „politische Vorfahrtsregel für Arbeit“ an. Bundeskanzler Gerhard Schröder versprach bei einer Regierungserklärung im Bundestag weitere kleinere Reformschritte, und die Spitzen von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, sagten im so genannten Job-Gipfel mit dem Kanzler zu, die Opposition werde bei Steuersenkungen, Bürokratieabbau und Impulsen für den Arbeitsmarkt kooperieren. Die Mahnungen des Staatsoberhauptes und die Bemühungen der Politiker bestimmten tagelang die Schlagzeilen. Nach diesem Aufflammen bestätigte sich allerdings schon bald die Prognose von Paul Nolte aus seiner Dinner-Speech zum Auftakt des Kolloquiums: Eine Perspektive für die Reformen werde aus diesen Aktionen „ebenso wenig erwachsen wie eine Offensive im Handeln“.

Geht es nach dem Professor für Geschichte von der International University in Bremen, so ist zunächst einmal ein Umdenken in der Gesellschaft erforderlich, um überhaupt eine Akzeptanz für Reformen zu finden. „Wir müssen aufhören, uns nur als gefährdet und schutzbedürftig zu verstehen, als Opfer einer unbegreiflichen Politik und eines noch unbegreiflicheren Marktgeschehens.“ Tatsächlich betrachtet die Mehrheit der Bevölkerung die gegenwärtige Krise nicht als Chance für einen Neuanfang, sondern als Risiko. Nach Erhebungen des Instituts für Demoskopie in Allensbach erwarten 73 Prozent der Bevölkerung härtere Zeiten. Die Mehrheit rechnet mit einer spürbaren Verschlechterung des Lebensstandards. Vier Fünftel geht von weiteren massiven Kürzungen der Sozialleistungen aus. 65 Prozent fürchten die fortgesetzte Abwanderung von Unternehmen und Branchen, 55 Prozent eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ein in Zahlen gegossener Verlust an Vertrauen und Zuversicht.

Nolte, der als Vordenker eines neuen Konservatismus gesehen wird, spricht von wachsender Skepsis gegenüber dem System: „Wir stellen jetzt, in einer Krisen- und Übergangssituation, fest, dass die Überzeugung von der Überlegenheit einer Marktwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht so tiefe Wurzeln in der deutschen Mentalität

geschlagen hat, wie wir das unter den Bedingungen der teils echten, teils geborgten Prosperität geglaubt hatten.“ Der 1963 geborene Wissenschaftler sieht die Ursache dafür darin, dass der überwiegende Teil der Deutschen sich nicht als Mitglied der Wirtschaftsgemeinschaft fühle, sondern mit „Wirtschaft“ immer eine Klasse aus Unternehmern, Managern und Reichtum verbinde, die es darauf anlege, „die Mehrheit in diesem Land übers Ohr zu hauen“. Die politische Debatte kurz nach dem Kolloquium hat Nolte in seiner These bestätigt: Die mit Unternehmerschelte gepaarte Kapitalismus-Kritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering stieß bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung. Das Bild von den Heuschreckenschwärmen, die über die deutsche Wirtschaft herfielen, traf vielfach die Befindlichkeit, die von einem Gefühl der Ohnmacht dominiert zu sein scheint. An der grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Wirtschaft sei die Politik allerdings nicht unschuldig, befand Nolte bei dem Kolloquium und damit vor der Müntefering-Attacke: „In den letzten Jahren, angesichts enger werdender Verteilungsspielräume, angesichts neuartiger sozialer Notlagen, aber fraglos auch wegen grundsätzlicher Präferenzen der derzeitigen Bundesregierung, ist die Tendenz gewachsen, die Bürgerinnen und Bürger vor den Zumutungen der Wirtschaft in Schutz zu nehmen, ihnen den eisigen Wind des Marktes nicht ins Gesicht wehen zu lassen.“ Nach der Analyse Noltés wird der Bürger zur Unmündigkeit gezwungen. Der Historiker nannte konkret die Planungen für ein Antidiskriminierungsgesetz und den Verbraucherschutz. Die Politik agiere „unter der Prämisse, dass die Wucherungen des Marktes politisch und rechtlich im Zaume gehalten werden müssten, damit Bürger ihre Freiheit wahrnehmen können – nicht im Markt, sondern im staatlichen Schutz vor dem Markt“. Nötig ist nach Ansicht des Wissenschaftlers aber nicht die weitere Überregulierung von Marktentwicklungen, sondern eine „ökonomische Alphabetisierung“, eine Erziehung zu ökonomischer Verantwortungsfähigkeit, was allerdings eine Kraftanstrengung erfordere. Nolte führte damit zu einem frühen Zeitpunkt des Kolloquiums zu einer Position, die sich durch Vorträge wie auch Diskussionsbeiträge ziehen sollte: Das Land brauche weniger staatliche Bevormundung – und zwar auf allen Ebenen.

Wolfgang Wiegard, Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg, lieferte die Stichworte, die seit längerem die Debatte bestimmen und mit zunehmender Beunruhigung der Arbeitnehmer einhergehen: mehr Flexibilität, Lockerung des Kündigungsschutzes, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Im Gegensatz zu der gern verbreiteten Illusion, damit seien bereits beträchtliche Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu erzielen, räumte Wiegard ein, diese Maßnahmen brächten auf keinen Fall eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen. Wollte man hier eine nennenswerte Absenkung erreichen, müsse vor allem ein Niedriglohnsektor geschaffen werden. 50 Prozent der Langzeit-Arbeitslosen gehörten zu den gering Qualifizierten. „Diese Personen sind die Verlierer der Globalisierung.“ Denn deutsche Unternehmen produzierten im Niedriglohnbereich längst im Ausland. Notwendig sei es darum, eine Absenkung der Marktlöhne und – um die Idee der sozialen Marktwirtschaft nicht auszuhebeln – eine Regelung für Hinzuverdienstmöglichkeiten zu staatlichen Leistungen zu schaffen. 1,5 bis 1,6 Millionen Menschen könnten so in den Arbeitsmarkt wieder integriert werden, sagte der Ökonomie-Professor, der auch Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist. Mit Blick auf die dabei absehbare heftige Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften räumte er jedoch ein: „Das ist nichts für verzagte politische Geister.“

Auch Norbert Berthold, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, wies in Richtung eines funktionierenden Niedriglohnssektors. Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen das in Deutschland dominante Einheitsdenken und plädierte für dezentrale Regelungen. Der Mindestlohn solle sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. „Es wird keine Lösungen aus einem Guss mehr geben. Wir müssen stattdessen versuchen, in regionalen Experimenten die Probleme anzugehen.“ Gerade im Zuge der Globalisierung sei es für den Nationalstaat immer schwieriger, allumfassende Rahmenbedingungen zu setzen. Darum seien die Regionen zu stärken. Diese will Berthold in die Lage versetzt sehen, entsprechend dem Bedarf vor Ort handeln zu können. Grundsätzlich gilt auch für ihn, dass das Arbeitspotenzial in Deutschland nicht genügend ausgeschöpft werde, weil die Arbeitskosten zu stark belastet seien. „Wir müssen besser, billiger und schneller werden.“

Die Frage nach dem „Wie“ wurde eingehend diskutiert. Als aussichtsreich galt ein flexibles System aus Kündigungsschutz und Abfindung: Wer mehr Sicherheit wünsche, erhalte weniger Lohn. Wer mehr Lohn favorisiere, müsse auf lange Kündigungsschutzfristen verzichten. So könnte nach Meinung einiger Diskutanten auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass junge Menschen, die in der Phase der Familiengründung mehr Geld benötigten, auch mehr verdienen, während Ältere, die verstärkt Sorge hätten, im Falle einer Kündigung keinen neuen Arbeitsplatz zu finden, auf mehr Absicherung setzen könnten.

Der regionale Wettbewerb im Sinne Bertholds beschäftigte das Kolloquium lange. Denn als ein Grundübel deutscher Reformunfähigkeit wurde der Föderalismus gesehen. Anke Hassel vom Lehrstuhl für Soziologie der International University in Bremen, warnte allerdings davor, den Föderalismus schlecht zu reden. Seit Bestehen der Bundesrepublik sei er als Vorteil des Systems betrachtet und noch anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Grundgesetzes hoch gelobt worden. Der Föderalismus sei das am stärksten ausgeprägte Konsensinstrumentarium der Republik und habe genau deshalb stets stabilisierende Wirkung gehabt. Dass das System in jüngster Zeit auf wachsende Skepsis stoße, liegt für sie an der damit einhergehenden Langwierigkeit der Prozesse. Diese führten zu Stagnation, wenn schnelles und konsequentes Handeln gefordert sei.

Um die Handlungsfähigkeit der Politik zu steigern, müsse darum versucht werden, die Konsenserfordernisse im politischen Prozess zu reduzieren. Doch auch da warnte die Professorin vor falschen Schlüssen: „Solange wir uns jedoch in konsensorientierten politischen Institutionen befinden, wird es unmittelbar darauf ankommen, die Konsensbereitschaft der wesentlichen Akteure zu erhöhen. In diesem Sinne kommt es auf mehr Konsens an – nicht auf weniger.“

Doch auch nach der Analyse von Dominik Geppert vom Deutschen Historischen Institut in London ist dieser Zwang zum Konsens ein wesentliches Hemmnis im deutschen Reformprozess. Deshalb hält Geppert im Grunde auch die Debatte für verfehlt, Deutschland müsse einen Weg wie Großbritannien unter Margret Thatcher gehen.

Der Regierungschef in London sei mit viel weitergehenden Befugnissen ausgestattet als der Bundeskanzler. Im Gegensatz zu dem britischen sei das deutsche System auf die Verhinderung der Konfrontation ausgerichtet. Nötig seien hierzulande breite Bündnisse und Kompromissfindung, was letztlich allerdings zu „reformerischem Stückwerk und Kuhhandel“ führe. „Die deutsche Verhandlungsdemokratie belohnt nicht den großen Wurf, die durchgreifende Reform oder die Umsetzung der reinen ordnungspolitischen Lehre. Erfolg versprechen vielmehr der kluge Kompromiss, die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, das Schmieden möglichst weit gefasster Bündnisse zum Zwecke größtmöglicher Stabilität.“

Zum Zeitpunkt des Kolloquiums war zwar absehbar, dass nach ihrem Scheitern im Jahr zuvor ein weiterer Anlauf für die Reform des Föderalismus unternommen werden sollte. Dass eventuelle Ergebnisse allerdings durchschlagenden Erfolg bringen würden, galt in der von der Walter-Raymond-Stiftung geladenen Runde als zweifelhaft. Dies vor allem deshalb, weil die Kommission eine Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs von vornherein ausgeschlossen hatte. Die Diskussion kreiste lange um die Frage, ob ein Wettbewerbsföderalismus das Ziel sein müsse. Die Länder wollten keinen Wettbewerb im Bereich der Finanzverfassung, und die Bevölkerung akzeptiere keine grundlegenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Nord und Süd, hieß es auf der einen Seite. Das wollten andere, wie Wolfgang Wiegard, nicht hinnehmen: Man müsse nicht zwangsläufig akzeptieren, dass die Länder gegen steuerrechtlichen Wettbewerb seien. Schließlich könnten daraus positive Effekte erwachsen, die auch kleineren und bislang finanzschwächeren Ländern neue Chancen eröffneten. Doch auch wenn er grundsätzlich als wünschenswert angesehen wurde, durchsetzungsfähig erschien der Wettbewerbsföderalismus den wenigsten. Ähnlich verhielt es sich mit der Reform des Steuersystems. Eine Reihe von Rednern plädierte für eine Neuregelung der Unternehmensbesteuerung, konkret für die Neutralität der Besteuerung. Wiegard fasste die Kritikpunkte zusammen: Deutschland habe den höchsten effektiven Durchschnittssteuersatz. Das Problem gründe vor allem in der unterschiedlichen Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften. 87 Prozent der deutschen Unternehmen seien Personengesellschaften

und Einzelunternehmen, die Einkommensteuer entrichten müssten, nur 13 Prozent zahlten Körperschaftsteuer. Es sei eine „Schwachstelle des Systems“, dass Personen- und Kapitalgesellschaften sowie Gewinne unterschiedlich behandelt würden.

In der Diskussion tauchte immer wieder das slowakische Modell auf, wonach für Arbeit, Kapital und Konsum jeweils ein Steuersatz von 19 Prozent erhoben wird. Auch in Deutschland müsse die Besteuerung von Arbeit und Kapital wieder näher zueinander rücken, lautete die Forderung. Dann aber kamen auch skeptische Stimmen: „Glauben wir ernsthaft, dass eine Unternehmenssteuerreform in der Öffentlichkeit durchsetzbar ist?“ Und: „Es ist unrealistisch, von Politikern zu erwarten, dass sie nicht ihren Machterhalt im Blick haben.“ So kam auch das hochkarätig besetzte Kolloquium letztlich zu der Frage nach der Durchsetzbarkeit notwendiger Reformen. Die Politiker zögerten nicht zuletzt wegen der starken Zukunftsängste ihrer Wähler, lautete die Analyse. Wenn man etwas aus dem britischen Modell lernen könne, so Geppert, dann die Tatsache, dass es sich bei dem dortigen Reformprozess nicht um ein kurzes „Augen zu und durch“ gehandelt habe, nicht um eine einmalige, geballte Kraftanstrengung. Elfeinhalb Jahre habe das Reformprojekt gedauert und sei „ein langer, schmerzhafter Prozess“ gewesen. Zähes Ausdauern der Reformpolitiker sei somit nötig, Rückschläge müssten einkalkuliert werden. Am Ende aber zeige das demokratische System enorme Anpassungsfähigkeit.

Einig waren sich die Diskutanten, dass angesichts der bestehenden Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung die Rhetorik der politisch Verantwortlichen wegkommen müsse von apokalyptischen Szenarien. Stattdessen sei der Sinn von Reformen stärker zu erläutern und verstärkt auf die Chancen für mehr Gerechtigkeit hinzuweisen. Doch wer konkret kann das tun? Professor Michael Stürmer sieht niemanden, der dazu in der Lage wäre. Ludwig Erhard, Helmut Schmidt seien Kanzler gewesen, die für ihre Überzeugungen standen und auch fielen. „Das aber erfordert Eigenschaften, die in der Spaßgesellschaft knappe Güter wurden: Klugheit und Verantwortungsgefühl, Überzeugungskraft und Mut. Die Staatskrise ist Gesellschaftskrise, und die Gesellschaftskrise ist Wertekrise“, sagte der Historiker. Doch nicht nur, dass die

heute aktiven Politiker wenig Überzeugungskraft besäßen. Für Stürmer steht gegenwärtig das System auf dem Prüfstand: „Der Sozialstaat ist an die Stelle der Staatsräson getreten. Seine Krise erschüttert die demokratische Lebensform.“ Denn schließlich könnten auch Republiken zugrunde gehen. „Es gibt für die Demokratien von heute keine Bestandsgarantie, sowenig wie für die Monarchien von ehemals“, zeigte sich der Historiker Stürmer skeptischer als sein jüngerer Kollege Geppert.

Was Stürmer in dem letzten Referat des Kolloquiums als Wertekrise bezeichnete, war zuvor in den Diskussionen des Forums bereits angeklungen. Deutschland hat Probleme mit dem eigenen Selbstverständnis. Auch wenn das Recht auf Arbeit nicht im Grundgesetz verankert ist, es wird als Grundrecht empfunden. Die hohe Arbeitslosigkeit wie auch die Krise der Sozialsysteme lassen jedoch die Ohnmacht des Staates erkennen und zugleich den Respekt vor dem Wert des Staates schwinden. „Die Demokratie beruht auf dem Staatsvolk. Wenn das Staatsvolk aber beschäftigungslos ist, wie soll dann die Demokratie funktionieren?“, fragte Peter Badura, Professor für öffentliches Recht, Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität München. Wie viel Sozialstaat ist nötig, um die Demokratie zu festigen? Der Schlüsselbegriff zu dieser Frage heißt „Grundsicherung“. Denn die Diskutanten waren sich einig, dass auf die Zeiten des ungehemmten Konsums staatlicher Leistungen äußerst knappe Haushalte folgen müsse. Doch selbst mit stark reduzierten Sozialausgaben und genereller Haushaltsdisziplin lassen sich die öffentlichen Kassen nicht sanieren. Nötig sei wirtschaftliche Belebung, war allgemeiner Konsens. Wie gelangt man jedoch zu dem lang ersehnten Aufschwung? Gewiss nicht mit Verzagtheit und übergroßer Vorsicht, lautete die Botschaft.

Edward Krubasik, Mitglied im Zentralvorstand der Siemens AG, nannte als zentrale Forderung den Aufbau einer globalen Unternehmenskultur. Deutschland müsse mit innovativen Produkten und moderner Dienstleistung auf den Wachstumsmärkten vertreten sein, also in den USA, in Asien, Indien und in Osteuropa. Unternehmen hätten sich zum Ziel zu setzen, in jedem Industrie-Segment weltweit Spitzenpositionen zu erarbeiten. Dazu gehöre eine strategische Konsolidierung, das heißt, bestimmte Unternehmen müssten gekauft werden, aus anderen

Unternehmensbereichen müsse man sich gegebenenfalls zurückziehen. Präsenz vor Ort sei dabei unerlässlich, nicht zuletzt um den Druck der Kundenwünsche zu spüren.

Der Manager warnte zugleich vor der Vorstellung, neues Engagement auf dem Weltmarkt könne zu Hause alles beim Alten belassen. „Deutschland muss erstes Anwendungsgebiet für neue Technologien sein“, forderte Krubasik. Als ein Beispiel nannte er den Streit um den Transrapid. Es sei „tödlich“ für die deutsche Wirtschaft, dass er nicht in Deutschland fahre. Als „deutsches Dilemma“ bezeichnete er die übergroße Angst vor allem Neuen. Dabei setzte er den jahrelangen Streit um die Kernkraft auf eine Stufe mit der aktuellen Debatte um die Frage, welche Grenzen der Biotechnologie zu setzen seien.

Darüber hinaus betonte Krubasik, mehr Menschen müssten zum Schritt in die Selbstständigkeit motiviert werden. Das allerdings setze einerseits einen Rückzug der staatlichen Regelungswut voraus und erfordere darüber hinaus bessere Bildung. Angesichts der Vielzahl der anwesenden Professoren kam in den Diskussionen des Kolloquiums immer wieder die Lage an den Hochschulen zur Sprache. Dabei war eine weit verbreitete Skepsis gegenüber den neuen Bachelor-Studiengängen spürbar. Es sei fraglich, ob es den Kompetenzen der Absolventen und damit dem Standort Deutschland diene, wenn zunehmend fünfjährige Ausbildungsgänge auf drei Jahre reduziert würden. Darüber hinaus litten – ebenso wie die Wirtschaft – auch die Universitäten an einem Übermaß an Regulierung, das es den Lehrenden immer schwerer mache, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Doch so sehr die deutsche Neigung zur detaillierten Regelung in der Kritik ist, sie hat auch Vorteile, wie in der Diskussion anklang. Die Rechtssicherheit, die der Standort Deutschland gewähre, sei nicht zu unterschätzen, betonte ein Mittelständler in der Runde. Auf diesem Gebiet gebe es gerade in Osteuropa noch enorme Defizite. Für den Standort Deutschland spreche, auch das wurde in der Diskussion immer wieder deutlich, gerade im Vergleich zu den östlichen EU-Beitrittsländern auch das vergleichsweise geringe Korruptionspotenzial.

Es lag bei Eckart John von Freyend, Sprecher des Vorstandes der Walter-Raymond-Stiftung, der problembeladenen Debatte ein positives Element hinzuzufügen. Das Ausland sei fasziniert von den Veränderungen, die in Deutschland mit der Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme in Angriff genommen worden seien, sagte er. Und es stehe auch ausländisches Kapital bereit, um hierzulande investiert zu werden.

Es fehlt also offenbar nur die Initialzündung. Könnte ein Regierungswechsel im Bund sie auslösen? Michael Stürmer sprach dem versammelten Sachverstand offensichtlich aus dem Herzen, als er formulierte, auch eine neue Regierung hätte keine besseren Botschaften zu überbringen und dann sei „der Charme der Opposition verbraucht und mit ihr Hoffnung und Versprechen besserer Zeiten“.

„Il faut faire le travail d'un psychiatre“, man müsse die Arbeit eines Psychiaters leisten, zitierte Stürmer General de Gaulle und fasste damit die Essenz der lange diskutierten wirtschafts- und steuerpolitischen Details und politischen Strategien zusammen: Deutschland muss die Veränderung akzeptieren. Die ausgeprägten Sicherheiten, die der Staat lieferte, sind in der Zukunft nicht mehr zu gewährleisten. Diese Einsicht darf jedoch nicht zu Resignation führen, sondern muss Eigeninitiative und Engagement stärken. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen und auch nicht von jedermann in der Gesellschaft geleistet werden. Gefordert sind die, die Verantwortung übernehmen können. Nötig ist eine neue Bürgergesellschaft.

REFERENTEN

Prof. Dr. Norbert Berthold

- 1952 geboren in Freiburg/Breisgau
- 1973 – 1977 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg
- 1980 Promotion zum Dr. rer. pol. (Freiburg)
- 1986 Habilitation
- 1987 – 1990 Professur für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg
- seit 1990 Professur für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg
- seit 1995 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Martina Fietz

- 1959 geboren in Oberhausen
- 1979 – 1984 Studium der Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaften an der Ruhr-Universität in Bochum
- Während des Studiums Tätigkeit als Freie Journalistin für die Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung, für WDR und ZDF
- 1985 – 1999 Volontärin, Redakteurin, stellvertretende Ressortleiterin für Auslandsreports bei der Tageszeitung „Die Welt“ und als Parlamentarische Korrespondentin der Zeitung in Bonn
- 1999 – 2001 Aufbau und Leitung des Hauptstadtbüros der Zeitschrift „Bunte“ in Berlin
- 2001 – 2003 Chefkorrespondentin der Zeitung „Welt am Sonntag“
- seit 2004 Parlamentarische Korrespondentin des Magazins „CICERO“

Dr. Dominik Geppert

1970	geboren in Freiburg/Breisgau
1990 – 1996	Studium der Geschichte, der Philosophie und der Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg/Breisgau und an der FU Berlin
2000	Promotion zum Dr. phil. (Berlin)
seit November 2000	Research Fellow am Deutschen Historischen Institut, London; dort Arbeit an dem Habilitationsprojekt: „Massenpresse und Geheimdiplomatie in Deutschland und England, 1890-1914“

Prof. Dr. Anke Hassel

1965	geboren in Altenkirchen/Westerwald	
	Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft an den Universitäten Bonn und London	
1990	MSc in Industrial Relations and Personnel Management, London School of Economics	
1998	Promotion in Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum	
2003	Habilitation in Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum	
<u>142</u>	Februar 2004	Antrittsvorlesung an der Ruhr-Universität Bochum
	seit August 2004	Lehrstuhl für Soziologie an der International University Bremen

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler

- 1943 geboren in Skierbieszów, Polen
- 1963 Abitur in Ludwigsburg
- 1965 – 1969 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tübingen
- 1969 – 1976 wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen
- 1977 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Tübingen
- 1976 – 1989 in verschiedenen Funktionen im Wirtschafts- und Finanzministerium tätig
- 1990 – 1993 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium; persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers („Sherpa“) bei der Vorbereitung der G7-Wirtschaftsgipfel in Houston, London, München und Tokio
- 1993 – 1998 Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes
- 1998 – 2000 Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London
- 2000 – 2004 Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, D. C.
- 2003 Ernennung zum Honorarprofessor der Universität Tübingen
4. Mai 2004 Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Dr. Edward Krubasik

1944 geboren in Wien

Ausbildung

Studium der Physik an der Universität Erlangen-Nürnberg

Promotion zum Dr. rer. nat. in Kernphysik an der Universität Karlsruhe
MBA am European Institute for Business Administration (INSEAD)

Beruflicher Werdegang

1966 Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Experimentalphysik, Forschungsmitarbeiter

1968 Universität Karlsruhe, Institut für Theoretische Kernphysik, Assistent

1971 Stanford Linear Accelerator Center, Kalifornien/USA, Research Associate

1973 McKinsey & Co., Inc., Engagement Manager, Principal und Director (Senior Partner) in Düsseldorf, New York und München, Leiter der Beratungspraxis für Innovations- und Technologiemanagement, Leiter des Europäischen Electronic-, Telecom- und Aerospace-Sektors

1997 Mitglied des Zentralvorstandes der Siemens AG

2000 Honorarprofessor und Lehrbeauftragter der Technischen Universität München

2002 Vizepräsident des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.

2004 Präsident des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.

Prof. Dr. Paul Nolte

- 1963 geboren in Geldern
- Studium der Geschichtswissenschaft und der Soziologie an den Universitäten Düsseldorf, Bielefeld und Baltimore/USA
- 1987 M.A., Johns-Hopkins-University, Baltimore
- 1988 M.A., Universität Bielefeld
- 1993 Promotion im Fach Neuere Geschichte an der Universität Bielefeld
- 1999 Habilitation im Fach Neuere Geschichte an der Universität Bielefeld
- 2001 – 2005 Lehrstuhl für Neuere Geschichte, International University Bremen (IUB)
- seit 1. Juli 2005 Lehrstuhl für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte an der FU Berlin

Prof. Dr. Michael Stürmer

- 1938 geboren in Kassel
- Studium der Geschichte, der Philosophie und Sprachen an der London School of Economics, an der FU Berlin und an der Universität Marburg
- 1965 Promotion zum Dr. phil. in Politischer Wissenschaft an der Universität Marburg
- 1966 – 1970 Wissenschaftlicher Assistent an der Wirtschaftshochschule in Mannheim
- 1971 Habilitation an der TU Darmstadt
- 1973 – 2003 Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg
- Diverse Gastprofessuren u. a. in Harvard, an der Sorbonne, in Princeton, in Toronto und in Bologna
- 1988 – 1998 Direktor der Stiftung „Wissenschaft und Politik“ in Ebenhausen bei München
- seit 1998 Chefkorrespondent der Tageszeitung DIE WELT und der WELT AM SONNTAG

Prof. Dr. Wolfgang Wiegard

1946	geboren in Berlin
1966	Abitur in Schwetzingen
1967-1972	Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg
1977	Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Heidelberg
1981	Habilitation im Fach Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg
1985 – 1994	Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaften an der Universität Regensburg
seit 1990	Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen
1994 – 1999	Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaften an der Universität Tübingen
seit 1999	Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg
seit März 2001	Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
März 2002 – Februar 2005	Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung